Centres for European Policy Network
FREIBURG | BERLIN | PARIS | ROMA

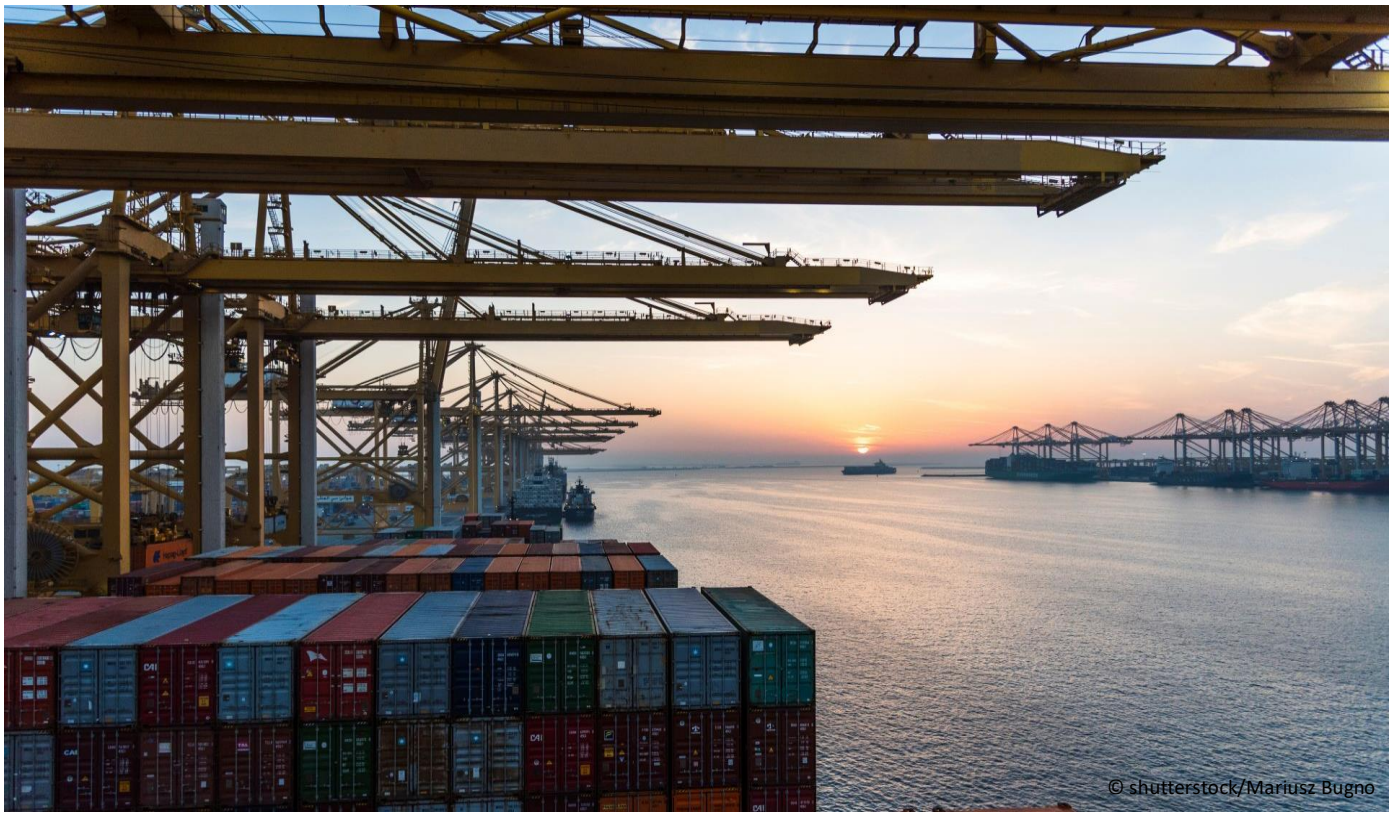
cepAdhoc

Nr. 12 | 2025 25. November 2025

Die Europäische Union im Nahen Osten

Wie kann die EU ihre Handlungsfähigkeit in der Region ausbauen?

Dr. Marius Strubenhoff



Der Nahe Osten steht nach Ende das Gazakrieges vor einer ungewissen Zukunft. Die Nahostpolitik der Europäischen Union steht zugleich an einem Scheideweg. Während die EU sich nach Ende des Kalten Krieges als maßgeblicher Akteur in der Region etablieren konnte, hat ihr Einfluss in den letzten Jahren wieder abgenommen. Dabei ist die Region geopolitisch für die EU jedoch von Bedeutung. Nicht nur zeigt sich hier direkt und indirekt der Einfluss der Großmächte, auch bestehen für Europa handfeste Interessen im Nahen Osten, die von entscheidender Relevanz für die Zukunft sind. Das cep fordert angesichts dieser Entwicklung:

- **Die Erarbeitung der für 2026 angekündigten Nahoststrategie** sollte als Chance für einen EU-internen Dialog über gemeinsame europäische Interessen im Nahen Osten und zum Abbau der während des Hamas-Israel-Krieges aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten aufgefasst werden.
- Mit dem **India-Middle East-Europe Economic Corridor** besteht ein außenwirtschaftliches Projekt, dessen Verwirklichung im Interesse der Zukunft der europäischen Wirtschaft und des geopolitischen Gewichts der EU gegenüber anderen Akteuren vorangetrieben werden sollte.
- Die am 01. Januar 2026 **EU-Ratspräsidentschaft der Republik Zypern** stellt eine Gelegenheit für einen Neuanfang in der Nahostpolitik dar. Zypern sollte bei dieser Aufgabe möglichst unterstützt werden.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 3

2 Die Rolle der EU in der Nachkriegsordnung für Gaza und Israel 4

3 EU-Nahoststrategie: Anforderungen an eine zeitgemäße Politik gegenüber der Region 7

4 Die EU und der Golfkooperationsrat: Eine neue Allianz? 9

1 Einleitung

Der Nahe Osten hat seit dem Ende des Kalten Krieges eine bedeutende Rolle in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU innegehabt. Über einen langen Zeitraum spielte die EU auch eine wichtige Rolle vor Ort und war in der Lage, ihre Werte und Interessen in der Region zu vertreten. Während der Nahe Osten Anfang der 1990er Jahre in erster Linie eine Angelegenheit der Supermächte und – neben ihnen – der europäischen Nationalstaaten gewesen war, konnte Brüssel im Laufe der 1990er und 2000er eine wichtige Position erlangen. Deutlich wurde diese Entwicklung durch die Teilnahme der EU am „Friedensquartett" ab April 2002, gemeinsam mit den Vereinten Nationen, den Vereinigten Staaten und Russland. Auch in den Atomverhandlungen mit dem Iran konnte sich die EU eine Schlüsselstellung erarbeiten. Als ab 2002 Berichte über ein geheimes iranisches Atomwaffenprogramm an die Öffentlichkeit drangen, positionierte sich die EU als wichtiger Akteur. Die diplomatischen Aktivitäten Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands wurden dabei maßgeblich von Javier Solana, damaliger Generalsekretär des Rates der Europäischen Union und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, flankiert. Die gewichtige Rolle der EU in den Verhandlungen setzte sich bis zum erfolgreichen Abschluss des Wiener Atomabkommens (im Englischen bekannt als Joint Comprehensive Plan of Action) im Oktober 2015 fort.

Damit zeigt sich, dass die EU besonders erfolgreich in einer Zeit agieren konnte, in der Diplomatie und Konfliktbeilegung im Zentrum der internationalen Politik standen. Wirtschaftliche Schlagkraft und die Attraktivität des Binnenmarktes verschafften der EU in dieser Situation Verhandlungsmacht. Viele Partner ließen sich durch Aussicht auf Kooperation und Marktzugang zu Zugeständnissen bewegen.

Heute funktioniert die internationale Politik nach einer anderen Logik. Die in internationalen Verhandlungen ausschlaggebenden Machtfaktoren haben sich zugunsten militärischer Faktoren verschoben. Die EU, die keine militärische Macht darstellt, zieht nun in Verhandlungen den Kürzeren, wie z.B. gegenüber den USA im Frühsommer 2025 aufgetreten.[1] Aufgrund der durch den Russisch-Ukrainischen Krieg entstandenen sicherheitspolitischen Notlage war Europa nicht zu einer offensiveren Verhandlungsposition gegenüber den Vereinigten Staaten bereit. Das Motto der Verhandlungen daher: Keine Eskalation mit Washington. In der Nahostpolitik kommt erschwerend hinzu, dass Europa wie kaum je zuvor in wesentlichen Fragen gespalten ist, wodurch eine effektive Politik gegenüber der Region erheblich erschwert wird.

Der Nahe Osten wird seit Jahren für Europa geopolitisch relevanter. Der Syrische Bürgerkrieg führte zu Fluchtbewegungen im großen Ausmaß, die im Sommer 2015 ihren Höhepunkt erreichten. Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf das Abstimmungsverhalten der britischen Wähler beim Referendum über die EU-Mitgliedschaft ihres Landes zur Folge, und auch andernorts sind die politischen Folgen bis heute enorm. So zeigt sich: Ein stabiler Naher Osten und ein stabiles Europa bedingen sich gegenseitig.

Auch wirtschaftlich werden die Region und insbesondere der Golf als Handelspartner wichtiger. Angesichts der durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelösten Energiekrise in Europa steigt die Bedeutung der Beziehungen zu Staaten wie Katar und Saudi-Arabien. Letzten Endes zeigen sich im Nahen Osten die geopolitischen Rivalitäten, die die Weltpolitik im Ganzen prägen: Russland, China und die Vereinigten Staaten spielen in der Region jeweils verschiedene Rollen, Regionalmächte wie die

[1] Matthias Kullas, ‚Zoll-Deal EU-USA: Ein Katalysator für den Binnenmarkt: Pragmatische und strategische Optionen', cepAdhoc, 26. August 2025; https://www.cep.eu/de/eu-themen/details/zoll-deal-eu-usa-ein-katalysator-fuer-den-binnenmarkt.html.

Türkei werden zunehmend einflussreicher. Auch die EU muss in der Region zu einer Rolle finden, die den neuen Realitäten gerecht wird.

Für die EU stellt sich insgesamt die Frage nach der Erlangung und des Ausbaus von Handlungsfähigkeit im internationalen Raum. Wie kann Brüssel wieder so relevant werden, wie es dies in der Vergangenheit war? Der Nahe Osten ist eine Region, in der dieses Defizit besonders deutlich sichtbar wird. Die Frage, wie die EU heute Einfluss auf Entwicklungen in der Region nehmen kann und dabei die verschiedenen Ansätze und Interessen der Mitgliedstaaten in Einklang bringen kann, stellt sich so mit Nachdruck.

2 Die Rolle der EU in der Nachkriegsordnung für Gaza und Israel

Am 09. Oktober 2025 haben Israel und die islamistische Hamas einen Waffenstillstand unterzeichnet. Nach zwischenzeitlichen Waffenstillständen im November 2023 und im Januar-März 2025 ist der Hamas-Israel-Krieg damit nach mehr als zwei Jahren (vorerst) zu einem Ende gekommen.

Verhandelt wurde durch Vermittlung der Vereinigten Staaten, Katars, Ägyptens sowie auf den letzten Metern auch der Türkei. Die EU (inklusive ihrer Mitgliedstaaten) hat währenddessen kaum eine Rolle gespielt, weder während der Amtszeit von US-Präsident Joe Biden noch nach Beginn der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump.

Die EU wurde zwar nach Abschluss des Waffenstillstandes beim Gipfeltreffen in Sharm el-Sheikh am 13. Oktober 2025 durch EU-Ratspräsident António Costa vertreten, findet jedoch auch nach Ende des Krieges noch nicht zu ihrer Rolle. Bislang erfolglos ist das Bestreben, einen Sitz auf dem im 20-Punkte-Friedensplan vorgesehenen „Board of Peace“ (in der Berichterstattung auch oft Board of Governors genannt) für Gaza zu erlangen, der die Arbeit der Übergangsregierung des Gazastreifens überwachen soll. Aus institutioneller Sicht hier interessant: Andere Staaten konnten entweder durch ihre Nähe zu Israel (Vereinigte Staaten) oder zur Hamas oder zur palästinensischen Seite (Katar, Ägypten, Türkei) eine Schlüsselrolle in den Verhandlungen über die Zukunft Gazas übernehmen. Die EU ist weder in der Lage, über ein „Israel-Ticket“ oder ein „Palästina-Ticket“ einen Sitz in dem Gremium zu erlangen. Deutlich wurde dies jüngst durch Äußerungen Avi Nir-Feldkleins. Der Botschafter Israels bei der EU erklärte, dass eine EU-Mitgliedschaft auf dem Board (dessen Vorsitz US-Präsident Donald Trump innehaben wird) erst denkbar werde, wenn Brüssel seine Politik gegenüber Israel ändere, nicht zuletzt durch die Rücknahme des teilweisen Ausschlusses Israels von Horizon Europe und der Androhung des vorübergehenden Endes elementarer Teile des EU-Israel-Assoziationsabkommens wie etwa der Zollfreiheit.[2] Die EU ist jedoch gleichzeitig nicht dezidiert pro-palästinensisch, sodass auch von dieser Seite kein Druck ausgeht, die EU (wie z.B. die Türkei) in die Gaza-Politik einzubeziehen. So fällt die EU zu ihrem eigenen Nachteil zwischen alle Stühle.

Der EU bleibt damit vorerst die Rolle der technischen Unterstützung. Eine wichtige Rolle spielt hier die Mission EUBAM Rafah, die bereits während des Waffenstillstandes im Januar-März 2025 an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten eingesetzt wurde.[3] Die im November 2005 ins Leben gerufene Mission sollte die Palästinensische Autonomiebehörde bei der Abwicklung des Grenzverkehrs zwischen

[2] Tim Ross, ‘EU must lift penalties on Israel now that Gaza ceasefire has begun, envoy says’, 13. Oktober 2025; https://www.politico.eu/article/eu-must-lift-penalties-israel-now-gaza-ceasefire-begun-envoy-says/

[3] Bei Rafah handelt es sich um den Grenzübergang zwischen dem Gazastreifen und Ägypten. Im Rahmen des Waffenstillstandes zwischen der Hamas und Israel soll der Übergang wieder für Waren und in humanitären Fällen Menschen geöffnet werden.

Ägypten und dem Gazastreifen zu unterstützen und durch die Professionalisierung der Polizeiarbeit an der Grenze – im Sinne des Oslo-Prozesses– den Aufbau von staatlichen Strukturen zu unterstützen. Diese Aufgabe konnte EUBAM Rafah jedoch nur für eine kurze Zeit übernehmen: Nach der Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen im Sommer 2007 musste die Arbeit der Mission auf Eis gelegt werden.

Nach dem 07. Oktober 2023 wurde jedoch schnell klar, dass EUBAM Rafah eine Schlüsselrolle in Gazas Nachkriegsordnung spielen könnte. Dies wurde zur Zeit der Biden-Administration auch in Washington so gesehen. Die dortige Regierung bat Europa daher, EUBAM Rafah für die Nachkriegszeit bereitzuhalten. Während des zweiten Waffenstillstandes (Januar bis März 2025) übernahm die EU-Mission mit anfangs etwa 20 europäischen Polizisten dann auch wieder ihre Arbeit. Dies war auch für die Zeit nach dem erneuten Waffenstillstand vorgesehen, der am 10. Oktober 2025 in Kraft trat. Stand jetzt (24. November 2025) ist dies jedoch noch nicht erfolgt, da die Öffnung des Grenzüberganges von der Übergabe der sterblichen Überreste der letzten verbliebenen israelischen Geiseln abhängt.[4]

Die Wichtigkeit der Mission für die Belastbarkeit des Waffenstillstandes ist dabei kaum zu überschätzen. Um die Arbeit von EUBAM Rafah zu verbessern, sollte jedoch eine Anpassung des Mandats erwogen werden. Aktuell verfügt die Mission über ein non-exekutives Mandat, sodass ihre Vertreter keine hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen können. Ihre Rolle ist daher weitergehend die einer Unterstützungs-, Ausbildungs- und Beratungsmission. Zwar würde die Umwandlung des Mandates vorübergehend von der Logik der Zweistaatenlösung abrücken, in dessen Geist die Mission ursprünglich in den Oslo-Jahren ins Leben gerufen wurde. Trotzdem scheint ein solcher Schritt wichtig, um die Gewährleistung des Personen- und Warenverkehrs bei gleichzeitiger Bekämpfung des Waffenschmuggels möglichst effizient zu gestalten. Angesichts der Verhältnisse vor Ort ist offensichtlich: Die Situation ist mit der von 2005 nicht zu vergleichen. Der Erfolg der Mission wird für den wirtschaftlichen Aufbau Gazas und der Sicherheit der Region elementar sein: Ein Abrücken von der Logik des Aufbaus staatlicher Strukturen für eine beschränkte Übergangszeit gewährleistet damit die langfristigen Grundlagen der Zweistaatenlösung.

Zusätzlich sollte die EU die Arbeit der Mission auch besser in ihre Public-Diplomacy-Arbeit in Israel integrieren. Die EU verfügt in dem Land aktuell über einen schlechten Ruf. Laut im September 2025 von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Mitvim veröffentlichten Zahlen sehen 67% der Israelis die EU aktuell als feindlich gesinnt und lediglich 14% als Freund.[5] Die Tatsache, dass die EU durch die Arbeit von EUBAM Rafah und der damit einhergehenden Bekämpfung des Waffenschmuggels auch einen unmittelbaren Beitrag zur Sicherheit Israels leistet, sollte zur Steigerung des Ansehens der EU genutzt werden. Schließlich wird die EU derzeit von der israelischen Bevölkerung eher als handzahmer Handelsbund gesehen, der zu sicherheitspolitischen Maßnahmen wie dem Grenzschutz nur sehr eingeschränkt in der Lage ist. Dass die Realität komplexer ist, sollte im Interesse der EU mehr in die Öffentlichkeit getragen werden.

Unter den nach dem Gipfel in Sharm el Sheikh verbreiteten Verlautbarungen fiel in derjenigen António Costas auf, dass hier neben EUBAM Rafah auch eine Mission Erwähnung fand, die ebenso in Bezug auf

---

[4] Aktuell betrifft dies noch drei Geiseln: Dror Or, Ran Gvili und Sudthisak Rinthalak. Am 24. November wurde vermeldet, dass die Überreste einer Geisel in Nuseirat gefunden wurden.

[5] Mitvim Foundation, Friedrich Ebert Foundation, 'The Israeli Foreign Policy Index 2025', September 2025; https://mitvim.org.il/wp-content/uploads/2025/09/Mitvim-Institute-%E2%80%93-The-Israeli-Foreign-Policy-Index-2025-%E2%80%93-Key-Findings-1.pdf.

Gaza über lange Zeit keine Rolle mehr spielte: EUPOL Copps.[6] Ähnlich wie EUBAM Rafah entstammt die am 01. Januar 2006 gegründete Mission einer Zeit, die noch vom im vorherigen Jahrzehnt angestoßenen Oslo-Prozess gekennzeichnet war. Die Mission unterstützt die Palästinensische Autonomiebehörde bei der Professionalisierung ihrer Polizeiarbeit. Im Westjordanland läuft diese Arbeit bis heute weiter. Mit Blick auf den Gazastreifen ist die Mission im Vergleich mit EUBAM Rafah aufgrund ihrer zwangsläufigen Präsenz im Inneren jedoch noch weitaus stärker auf ein Mindestmaß an geregelten Verhältnissen angewiesen, sodass es mit der Aufnahme aktiver Arbeit noch etwas dauern sollte. Auch sollte die EU ein Engagement nur unternehmen, wenn sie über genügend Einfluss auf die Verhältnisse vor Ort nehmen kann. Während die Mission EUBAM Rafah bereits niedrigschwellig einen positiven Beitrag leisten kann, besteht bei EUPOL Copps eine größere Gefahr eines Prestigeprojektes mit zweifelhaftem sicherheitspolitischem Mehrwert: Alles hängt davon ab, welche Polizeikräfte vor Ort überhaupt ausgebildet werden können und ob die EU über das Board of Peace die Entwicklungen mitbeeinflussen kann.

Eine innerhalb der EU äußerst strittige Frage wird vorerst der Umgang mit dem EU-Israel-Assoziationsabkommen bleiben, das seit 2000 die Beziehungen zwischen dem nahöstlichen Land und Europa regelt. Das Abkommen sollte nach Ankündigung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Mitte September teilweise außer Kraft gesetzt werden. Nach erfolgreichem Abschluss des Waffenstillstandes fehlte dafür im Rat jedoch die vorher existierende Mehrheit unter den Mitgliedstaaten. Die zu einem härteren Umgang mit der israelischen Politik gegenüber Gaza gewillte Kommission konnte dabei jedoch die israelische Teilnahme an Horizon Europe teilweise aussetzen. Dies liegt daran, dass Horizon Europe der Kompetenz der Kommission untersteht, während für eine teilweise Aussetzung des Assoziationsabkommens ein Ratsbeschluss notwendig ist. Die EU-Politik gegenüber Israel vollzieht sich damit eher nach institutioneller Logik („was geht“) als nach Sinnhaftigkeit: Der Austausch zwischen europäischen und israelischen Wissenschaftlern ist eigentlich nicht der Bereich, der mit Hinweis auf den Krieg im Gazastreifen prioritär unterbunden werden sollte.

Der Status des europäischen Umganges mit dem Hamas-Israel-Krieg ist damit aktuell unbefriedigend. Der Mangel an Einfluss, der die europäische Nahostpolitik kennzeichnet, macht sich auch hier bemerkbar. Die Frage der kommenden Jahre wird sein, wie strategisch auf eine Erweiterung der Handlungsräume hingearbeitet werden kann. Vor allem wird es darum gehen, die EU von der Rolle eines technischen Dienstleisters von Aufbaumissionen wieder zu einer Gestaltungsmacht zu machen. Mit Blick auf Gaza sollte die EU einen Sitz auf dem Board of Governors als Priorität definieren und im Zweifel nicht davor zurückschrecken, andere Tätigkeiten an diese Position knüpfen.

Eine weitere wichtige Gelegenheit zum Ausbau des Einflusses der EU bieten außenwirtschaftspolitische Projekte, deren Chance auf Verwirklichung durch das Ende des Konflikts wieder gestiegen sind. Hierzu gehört nicht zuletzt der India-Middle East-Europe Economic Corridor im Rahmen der Global Gateway Initiative der EU.

[6] EU Neighbours South, ‘Statement by the High Representative on behalf of the European Union on the Comprehensive Plan to end the Gaza Conflict’, 13. Oktober 2025; https://south.euneighbours.eu/news/statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-the-comprehensive-plan-to-end-the-gaza-conflict/.

3 EU-Nahoststrategie: Anforderungen an eine zeitgemäße Politik gegenüber der Region

Die EU-Nahostpolitik steht vor einem Paradox. Während der Einfluss des Staatenbundes im Nahen Osten nachgelassen hat, wird zunehmend deutlich, dass die EU der Region eine wachsende Bedeutung beimisst. Dies schlägt sich auch institutionell nieder. Am 01. Februar 2025 nahm das neue Generaldirektorat für den Nahen Osten, Nordafrika und die Golfregion seine Arbeit unter der Leitung von Stefano Sannino auf. Das Generaldirektorat untersteht dabei EU-Kommissarin für den Mittelmeerraum Dubravka Šuica. Die Schaffung auch dieser Position in der Kommission zum Beginn der neuen Amtszeit am 01. Dezember 2024 war auch in der Absicht begründet, dem Nahen Osten größere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.[7] Die Anzahl der Gipfeltreffen der EU mit den politischen Führungen der Region hat in den letzten Jahren auch deutlich zugenommen. So begrüßten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Kommissarin Šuica am 22. Oktober 2025 mit Abdel Fattah el-Sisi, Badr Abdelatty und Hassan el Khatib den Präsidenten Ägyptens samt Außenminister und Investitions- und Handelsminister in Brüssel.[8] Insbesondere mit dem Golfkooperationsrat verfolgt man eine immer engere Zusammenarbeit (siehe unten). Es ist daher folgerichtig, dass die EU für 2026 die Ausarbeitung einer Nahoststrategie angekündigt hat, die an die 2022 veröffentlichte Golfstrategie anknüpfen wird.[9]

Ein Großteil der nahöstlichen Initiativen der EU sind außenwirtschaftlicher Natur. Viele dieser Projekte laufen unter dem Schirm des India-Middle East-Europe Economic Corridors zusammen. Die Initiative wurde im September 2023 am Rande des G20-Gipfels in Neu-Delhi unterzeichnet. Neben Indien, den Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten gehören die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und Italien zu den Vertragspartnern. In den USA liegt der den IMEC betreffende Eastern Mediterranean Gateway Act als Gesetzesentwurf aktuell dem Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses vor.[10] Sowohl die EU als auch die USA betrachten den IMEC-Korridor als Antwort auf Chinas Belt and Road Initiative und damit als geostrategisches Projekt. Auch besteht eine direkte Konkurrenzsituation mit der Türkei, die in Zusammenarbeit mit dem Irak einen eigenen Wirtschaftskorridor verwirklichen möchte (vergleiche den Fall des EuroAsia Interconnectors, siehe unten). Auch relevant ist die Konkurrenz zu dem von Russland, Aserbaidschan und dem Iran verfolgten sogenannten North-South Economic Corridor.

Auch für die am 01. Januar 2026 beginnende EU-Ratspräsidentschaft der Republik Zypern wird das Thema Nahostpolitik eine herausgehobene Rolle spielen, wie aus dem Arbeitsprogramm des Landes hervorgeht: Auch hier erfährt der IMEC-Korridor besondere Erwähnung. Diese Ausrichtung sollte nicht überraschen, hat der Inselstaat doch bereits in der Vergangenheit seine geographische Lage an der Grenze zwischen Europa und dem Nahen Osten politisch eingesetzt. Auch ist die Republik Zypern

---

7 Emanuele Errichiello, 'What the EU's new Commissioner for the Mediterranean means for the region', 07. Januar 2025, LSE Blogs; https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2025/01/07/what-the-eus-new-commissioner-for-the-mediterranean-means-for-the-region/.

8 European Commission, 'EU and Egypt join forces to accelerate strategic investment, industrial transformation and innovation', 22. Oktober 2025; https://north-africa-middle-east-gulf.ec.europa.eu/news/eu-and-egypt-join-forces-accelerate-strategic-investment-industrial-transformation-and-innovation-2025-10-22_en

9 European Commission, High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, 'Joint Communication to the European Parliament and the Council: A strategic partnership with the Gulf', 18. May 2022; https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/Joint%20Communication%20to%20the%20European%20Parliament%20and%20the%20Council%20-%20A%20Strategic%20Partnership%20with%20the%20Gulf.pdf

10 Lena Argiri, 'Initiative in US Congress seeks to establish EastMed as strategic hub within IMEC framework', 09. Mai 2025; https://www.ekathimerini.com/politics/foreign-policy/1269270/us-bill-seeks-to-establish-eastmed-as-strategic-hub-within-imec-framework/.

zusammen mit Ägypten, Griechenland und Israel Gründungsmitglied des EastMed Gas Forums und verfolgt im Rahmen dieser Allianz unter anderem die Errichtung einer wasserstofffähigen Gaspipeline nach Europa im Rahmen des IMEC-Korridors. Im Laufe dieses Jahres und insbesondere nach Ende des Gazakrieges ist neuer Schwung in das Vorhaben gekommen.[11]

Auch in Sachen des Stromnetzes verfolgt Zypern eine engere Anbindung an das europäische Festland. Im Oktober 2022 wurde unter der damaligen EU-Energiekommissarin Kadri Simson das Projekt EuroAsia Interconnector als Vorhaben von gemeinsamem Interesse definiert. Nach Fertigstellung wird das Projekt das zypriotische Stromnetz mit denen von Israel und Griechenland verbinden und damit die Brücke zwischen Europa und dem Nahen Osten schlagen. Regionalpolitisch interessant ist nicht zuletzt, dass durch die Verwirklichung des Projektes die EU zu einem relevanten Player in Bezug auf zukünftige Wirtschaftskooperationsprojekte im Nahen Osten werden könnte. Ein Beispiel für ein sowohl wirtschaftlich als auch stabilitätspolitisch relevantes Projekt ist der sogenannte Green Blue Deal zwischen Jordanien und Israel, der israelische Wasserlieferungen im Austausch gegen jordanische Lieferung von Solarstrom vorsieht. Der Hamas-Israel-Krieg setzte dem Projekt jedoch vorerst ein jähes Ende: Bereits im November 2023 stellte Jordanien klar, dass es den Green Blue Deal aufgrund der israelischen Kriegsführung vorerst nicht weiterverfolgen werde.[12] Nach Ende des Krieges wird es nun darum gehen, das Projekt so auszurichten, dass auch der Gazastreifen und das Westjordanland davon profitieren können: Nur so wird man die jordanische Seite zu einer Wiederaufnahme bewegen können. Der EuroAsia Interconnector würde die EU als Stromimporteur zu einer nahostpolitischen Größe machen, deren Ansichten vor Ort an Gewicht gewinnen würden und auf dieses und vergleichbare Projekte einwirken könnte. Aus geostrategischer Sicht ist das Projekt damit im Kerninteresse Europas.

Auch in andere Richtungen eröffnet der EuroAsia Interconnector neue Möglichkeiten, wie etwa in Bezug auf den Nordwesten Saudi-Arabiens, wo rund um das Stadtprojekt Neom (neben der Errichtung der weltweit größten Anlage für die Herstellung von Grünem Wasserstoff) ein großflächiger Ausbau von Solaranlagen geplant ist. Aktuell stockt das Projekt EuroAsia Interconnector jedoch erheblich, nicht zuletzt aufgrund von Spannungen im Östlichen Mittelmeerraum. Ein italienisches Forschungsschiff, das für Explorationsarbeiten in griechischen Gewässern tätig war, wurde im März 2025 von Schiffen der türkischen Marine bedrängt. Die griechische Regierung hat daher vorerst Gelder für das Infrastrukturprojekt eingefroren.[13] Die weitere Entwicklung wird auch davon abhängen, inwiefern die EU in der Lage sein wird, einen Modus Vivendi mit der Türkei im Östlichen Mittelmeer zu finden.

Bereits einige Jahre vorher wurde das Schwesterprojekt EuroAfrica Interconnector angestoßen, das Ägypten, Zypern und Griechenland mit einem Unterseestromkabel verbinden soll. Auch wenn die konkrete Umsetzung sich schon um einige Jahre verzögert hat, kam es im September 2025 mit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Griechenland und Ägypten zu einem wesentlichen Schritt hin zur Durchführung notwendiger Machbarkeitsstudien.[14] Auch die Verbindung in Richtung Ägypten ist

[11] Seth Frantzman, 'Israel, Gaza ceasefire opens door for new Cyprus, Greece energy deal – analysis', 09. November 2025; https://www.jpost.com/international/article-873274.

[12] Peter Schwartzstein, 'The Rise, Fall, and Possible Rise Again of the Middle East's Most Ambitious Environment Scheme', 01. November 2024; https://www.wilsoncenter.org/article/rise-fall-and-possible-rise-again-middle-easts-most-ambitious-environment-scheme

[13] Chrysa Liangou, Vassilis Nedos, 'Greece-Cyprus energy link put on ice', 07. März 2025; https://www.ekathimerini.com/economy/energy/1263430/greece-cyprus-energy-link-put-on-ice/.

[14] Ahram Online, 'Egypt, Greece agree to study Europe power link project', 29. September 2025; https://english.ahram.org.eg/News/554020.aspx?utm_source=chatgpt.com.

aus EU-Sicht reizvoll. Neben dem wirtschafts- und energiepolitischen Nutzen würde es die EU auch in Nordafrika als relevanten Player etablieren.

Konkrete Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit mit dem Nahen Osten sind damit gegeben. Für die Umsetzung bedarf es aber auch in den kommenden Jahren den nötigen politischen Willen. Im Zuge ihrer erhöhten Aufmerksamkeit für den Nahen Osten sollte die EU darauf bedacht sein, die gemeinsamen Interessen Europas in ihrer für das kommende Jahr angekündigten Nahoststrategie genau auszuformulieren, um diese in und gegenüber der Region effizienter vertreten zu können.[15] Nicht zuletzt wird es wichtig sein, sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Interessen in Einklang zu bringen. Hierbei wird es auch darum gehen, die verschiedenen Blickwinkel der Mitgliedstaaten einzubeziehen. Die nicht zuletzt wirtschaftspolitischen Interessen von Staaten wie Italien und Frankreich im Nahen Osten sind mit den in erster Linie sicherheitspolitischen Interessen der ost- und mitteleuropäischen Staaten (wie die Hinwirkung auf eine Eindämmung der russisch-iranischen Zusammenarbeit) in Einklang zu bringen.

4 Die EU und der Golfkooperationsrat: Eine neue Allianz?

Seit einigen Jahren stellt die Zusammenarbeit mit der Golfregion einen zentralen Pfeiler der EU-Außenpolitik dar. Geopolitisch und wirtschaftlich scheint dieses Vorgehen auch sinnvoll, sind doch die Golfmonarchien ein Stabilitätsanker innerhalb der Region. Am 16. Oktober 2024 trafen sich EU und Golfkooperationsrat in Brüssel zum ersten Mal für ein Gipfeltreffen auf Staats- und Regierungschefebene. Ein Jahr darauf trafen die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten ihre Amtskollegen in Kuwait. Für 2026 ist das nächste Treffen auf Regierungschefebene in Saudi-Arabien geplant. 2024 nahm der ehemalige Außenminister Italiens Luigi di Maio die Arbeit als EU-Sonderbeauftragter für den Golfkooperationsrat auf. Auch die EU-Mitgliedstaaten, zuvorderst Frankreich und Italien, forcieren diese neue Politik. So schloss die Französische Republik im Dezember 2024 eine Strategische Partnerschaft mit Saudi-Arabien.[16] Das Handelsvolumen zwischen der EU und dem Golfkooperationsrat ist dabei in den letzten Jahren signifikant gestiegen: 2023 belief es sich auf mehr als 170 Milliarden Euro.[17]

Gleichzeitig zeigt sich auch auf politisch-strategischer Ebene eine Annäherung an die Golfstaaten. Im Nachgang des Außenministertreffens in Kuwait im September 2025 bekannte sich die europäische Seite – neben Kritik am iranischen Atomwaffen-, Raketen- und Drohnenprogramm – im Communiqué zum zweiten Mal zu dem Anspruch der Vereinigten Arabischen Emirate auf Abu Musa und die Tunb-Inseln. Die kleinen Inseln befinden sich an strategisch relevanter Stelle im Persischen Golf und werden seit 1971 von Iran kontrolliert. Aus Teheran war in den Folgetagen daher deutliche Kritik an der EU zu hören.[18] Das Gipfeltreffen im Oktober 2024 hatte zum ersten Mal diese Positionierung seitens der EU beinhaltet. Auch die Mitgliedstaaten hatten sich in der Frage vorher stets zurückhaltend geäußert.

---

[15] Für einen ersten Überblick siehe Ursula von der Leyen, ‚Mission Letter', 01. Dezember 2024; https://commission.europa.eu/document/download/1600f2ce-6c02-4d68-a0f2-d72e5d9f700d_en?filename=mission-letter-suica.pdf

[16] Élysée, 'Draft Joint Statement at the conclusion of the State visit of His Excellency the President of the French Republic, Emmanuel Macron, to the Kingdom of Saudi Arabia'; https://www.elysee.fr/admin/upload/default/0001/17/9769221135ec68bc7b314ea0d3e3a41ab3c17c94.pdf

[17] Council of the European Union, 'EU trade relations with the Gulf Cooperation Council'; https://www.consilium.europa.eu/en/infographics/eu-gcc-trade/?.

[18] Iran International, 'Iran summons European envoys over EU-GCC statement on islands, missiles', 08. Oktober 2025; https://www.iranintl.com/en/202510081617

Mit Blick auf die Weiterentwicklung der Golfstrategie der EU sollte darauf geachtet werden, die gemeinsamen Ziele und Interessen des Golfkooperationsrates und der EU sowie der EU gegenüber der Golfregion weiter auszuformulieren. Hier spielen die Verwirklichung des IMEC-Korridors und die Freihandelsverhandlungen mit den VAE und dem Golfkooperationsrat insgesamt eine wichtige Rolle. Nicht weniger relevant bleibt das Thema Nichtweiterverbreitung. Unter dem Gesichtspunkt dessen, dass im Falle einer iranischen Atombewaffnung eine regionale Wettrüstspirale droht, ist die Dringlichkeit der Angelegenheit offensichtlich. Auch die Thematik der maritimen Sicherheit im Persischen Golf und im Roten Meer sollte Golfkooperationsrat und EU zusammenführen. Mittelfristig sollte die EU hier auf eine Beteiligung der Golfstaaten an der Überwachung des Roten Meeres (bzw. an den Kosten) drängen.

Von zentraler Bedeutung für die EU ist hierbei angesichts des Russisch-Ukrainischen Krieges und der Krise der europäischen Industrie das Thema Energiesicherheit. Aus strategischem Blickwinkel gilt es, auf eine größtmögliche Distanz zwischen OPEC und Russland im Format OPEC+ hinzuwirken. Europas Ziel muss hier sein, die OPEC von einer restriktiven Förderpolitik abzuhalten, um die Weltmarktpreise für Öl und Energie im Allgemeinen zu senken. Für die EU geht es hier um zwei strategische Schlüsselelemente: Das Senken der Energiepreise mit dem Zweck der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und das Verringern der russischen Einnahmequellen für die Kriegsführung in der Ukraine.

Hierfür wird man der Golfregion jedoch etwas anbieten müssen. Die forcierte Fortentwicklung des IMEC-Projektes sollte ein zentraler Baustein dieser Strategie sein. Letzten Endes wird es jedoch auch einer sicherheitspolitischen Komponente bedürfen. Der israelische Luftschlag gegen die Hamas in Katar hat erhebliche Zweifel an der Verlässlichkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantien für die Golfstaaten genährt. Saudi-Arabien reagierte darauf mit einer deutlichen Neujustierung seiner Bündnispolitik und unterzeichnete im Anschluss ein umfassendes Verteidigungsabkommen mit dem Atomwaffenstaat Pakistan.[19] Wenn die EU vollumfänglich zu einem nahostpolitischen Faktor werden möchte, muss sie auch in solchen Fragen ihre Rolle finden und die Frage beantworten, was sie im Zuge einer engeren Zusammenarbeit mit dem Golf anbieten kann.

Im europäischen Vorgehen zeigt sich hier jedoch bereits der Wille zu einer Außenpolitik, die die Realitäten der Ära Trump verstanden hat: Wirtschafts- und Sicherheitspolitik wird zunehmend zusammengedacht, wenn auch die praktische Umsetzung noch nicht vollständig entwickelt ist. Es wird sich nun zeigen müssen, ob die EU mit ihrer Nahostpolitik in der Lage ist, diese beiden Politikfelder nicht nur konzeptionell zu vereinen, sondern auch in der politischen Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Dabei wird es entscheidend sein, einen neuen innereuropäischen Konsens zur Nahostpolitik zu finden und diesen einzusetzen, um den Waffenstillstand im Krieg zwischen Hamas und Israel als Chance für einen Neuanfang in der Region zu nutzen.

[19] Naade Ali, Marvin G. Weinbaum, , Pakistan's strategic defense pact with Saudi Arabia: A new security architecture in the wider Middle East', 08. Oktober 2025; https://www.mei.edu/publications/pakistans-strategic-defense-pact-saudi-arabia-new-security-architecture-wider-middle.

Centres for European Policy Network
FREIBURG | BERLIN | PARIS | ROMA

Autor:

Dr. Marius Strubenhoff, Policy Analyst

strubenhoff@cep.eu

Centrum für Europäische Politik FREIBURG | BERLIN
Kaiser-Joseph-Straße 266 | D-79098 Freiburg
Schiffbauerdamm 40 Räume 4205/06 | D-10117 Berlin
Tel. + 49 761 38693-0

Das **Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN, das **Centre de Politique Européenne** PARIS, und das **Centro Politiche Europee** ROMA bilden das **Centres for European Policy Network** FREIBURG | BERLIN | PARIS | ROMA.

Das gemeinnützige Centrum für Europäische Politik analysiert und bewertet die Politik der Europäischen Union unabhängig von Partikular- und parteipolitischen Interessen in grundsätzlich integrationsfreundlicher Ausrichtung und auf Basis der ordnungspolitischen Grundsätze einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung.